



ÖFFENTLICH

DN.: vom 23.08.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsstatus
Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport	18.09.2024	vorberatend

Sichtvermerke

BM	EB	FB I	FB II

Beratungsgegenstand

Handlungskonzept "Schule macht Beruf"

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme

Sachdarstellung:

Der Kreis Steinfurt hat das Handlungskonzept „Schule macht Beruf“ erneut auf die Tagesordnung der HVB-Sitzung am 03.09.2024 gesetzt. Die Zielsetzung des Sozialprojektes ist im Handlungskonzept umfassend beschrieben (Anlage 1). Zudem ist mit einem Schreiben vom 06.06.2024 der Schulleitungen von vier weiterführenden Schulen – darunter auch der Schulleiter der Hauptschule Ochtrup – auf die besondere Bedeutung des Anliegens hingewiesen worden (Anlage 2). Ebenso sehen die Vertreterinnen der Kreistagfraktionen von CDU, SPD, Grüne und der Gruppe der Linke im Kreishilfejugendausschuss die Notwendigkeit für ein Handeln und appellieren an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Kommunen im Kreis Steinfurt, ihre bisherige Haltung zum Handlungskonzept „Beruf macht Schule“ zu überdenken.

Das Handlungskonzept sieht für Schulträger mit weiterführenden Schulen vor, dass an zentraler Stelle im Sozialraum 1 – bestehende aus den Kommunen Neuenkirchen, Wettringen, Ochtrup, Metelen, Steinfurt, Horstmar, Laer, Altenberge und Nordwalde – ein separater Schulungsraum mit Werkstattbereich für bis zu zehn Schülerinnen und Schüler ab Jahrgang 8, deren Schulabschluss und Berufseinstieg ohne ergänzende Maßnahmen nicht gewährleistet ist, geschaffen wird. Die Aufwendungen für Errichtung und Unterhaltung sowie sachlicher Ausstattung des separaten Schulstandortes von geschätzten 30.000 € im Jahr, sollen sich die jeweiligen Schulträger teilen. Im Sozialraum 1 kommen dafür die Kommunen Neuenkirchen, Steinfurt, Nordwalde, Horstmar und Ochtrup infrage. In den anderen Kommunen bestehen keine oder nur private weiterführende Schulen.

In der HVB-Sitzung am 03.09.2024 ist das Thema weiterhin kontrovers diskutiert worden. Mehrheitlich wurde die Auffassung vertreten, dass sich die Kommunen in Anbetracht der schwierigen Haushaltslage und ohne eine rechtliche Grundlage beziehungsweise Verpflichtung der Schulträger außer Stande sehen, sich auf die Rahmenbedingungen für das Pilotprojekt „Schule macht Beruf“ zu verständigen.

Umweltrelevanz:

Keine

Haushaltsrechtliche Beurteilung:

Keine

Generationengerechtigkeit:

Das Problem Schulabstinz hat es zu allen Zeiten gegeben. In der Regel versuchen Schule und Ordnungsamt - im Einzelfall auch in Zusammenarbeit mit der Polizei – bei Schülern und Eltern auf eine Verstetigung des Schulbesuchs hinzuwirken. Bleibt dieses ohne Erfolg, kann durch die Schulaufsicht ein Bußgeld gegen die Eltern verhängt werden. Aus diesem Grunde sind weitergehende Maßnahmen zur Sicherstellung des Schulbesuches eine freiwillige Aufgabe der Kommune, die vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage und des stetigen Zuwachses von Pflichtaufgaben zu betrachten wäre.

Im Auftrag:

Engelmann